

# Beweisantrag

## Zu beweisende Tatsache:

Die politischen Gremien und die Verwaltung der Stadt Gießen waren unfähig oder unwillig, die Gefahren durch gentechnische Experimente auf dem Stadtgebiet überhaupt wahrzunehmen und politisch zu behandeln.

## Beweismittel:

- Vernehmung der für Umweltfragen zuständigen Dezernentin und Bürgermeisterin der Stadt Gießen, Gerda Weigel-Greilich, zur Nichtöffentlichmachung geplanter Genversuchsfelder trotz eigener Kenntnis, sowie zu städtischen Aktivitäten in Bezug auf die Genversuche
- Vernehmung des damaligen für Landwirtschaft und Gentechnik zuständigen Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Grünen, Martin Häusling, in Bezug auf Handlungsmöglichkeiten und Versäumnisse der Gießener Stadtpolitik
- Vernehmung des Oberbürgermeisters der Stadt Gießen, Heinz-Peter Haumann, zur Frage der Handlungsmöglichkeiten einer Stadtregierung in Fragen der Gentechnik im Allgemeinen sowie zu den Möglichkeiten der Einflussnahme auf Aktivitäten der Universität Gießen im Speziellen
- Tagesordnungspläne und Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen im Jahr 2006, soweit das Thema Gentechnik erörtert wurde oder in der Tagesordnung vorgesehen war
- BVL-Bescheid mit Anordnung sofortiger Vollziehung

## Bedeutung für den Prozess

Die Beweiserhebung ist erheblich, weil es für die Frage anderer Handlungsmöglichkeiten von Bedeutung ist, ob Verwaltung und Politik als mögliche AkteurInnen überhaupt in Frage kamen.

Gießen, den .....